



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 11.11.2009

ÖFFENTLICH

TOP 1

Wohnpark Hartenecker Höhe
- Erweiterung der Planung des Kinder- und
Familienzentrums

Vorl.Nr. 473/09

Beratungsverlauf:

Zu Beginn der Sitzung stellt EBM **Seigfried** kurz das Projekt „Minifit“ vor. Dieses sei von der Krankenkasse mh plus initiiert worden. Die finanzielle Förderung dieses Projektes sollte ursprünglich von 2006 bis 2009 dauern, werde nun aber um ein Jahr verlängert. Derzeit betreue mh plus 43 Kindertagesstätten, die an „Minifit“ teilnehmen. Insgesamt profitierten 2400 Kindern von dem zusätzlichen Förderungsprogramm. Nähere Informationen bittet EBM Seigfried der ausgelegten Broschüre zu entnehmen.

EBM **Seigfried** geht kurz auf die Vorl.Nr. 473/09 ein.

Die Stadträte **Kopf**, Dr. **Bohn** und **Glasbrenner** können sich vorstellen die Begegnungsstätte in der Oststraße langfristig in das Kinder- und Familienzentrum Hartenecker Höhe zu verlagern.

Stadtrat **Heer** befürwortet die Räumlichkeiten im Kinder- und Familienzentrum auch für andere Personengruppen zur Verfügung zu stellen, welche dies sein könnten sei offen. Die Begegnungsstätte in der Oststraße solle vorerst bestehen bleiben, bis abgesehen werden könne, wie eine Verlagerung auf die Hartenecker Höhe von den Beteiligten akzeptiert werde. Ferner bittet er die Verwaltung dem Gremium die Kosten für den Unterhalt der Oststraße mitzuteilen. Erst nach Klärung dieser Punkte könne man über die weitere Verwendung der Oststraße entscheiden. Er könne sich auch vorstellen beide Standorte zu nutzen.

EBM **Seigfried** stellt fest, dass eine starke Nachfrage an Betreuungsplätzen und anderweitiger Nutzung der Räume des Kinder- und Familienzentrums auf der Hartenecker Höhe bestehe. Man müsse die Nutzungsdichte abwarten um über eine weitere Belegung der dortigen Räumlichkeiten entscheiden zu können.

Auf Nachfrage von Stadtrat Glasbrenner geht EBM **Seigfried** anhand von Planunterlagen detailliert auf die Raumplanung des Kinder- und Familienzentrums Hartenecker Höhe auch hinsichtlich seniorengerechter Bauweise ein.

Beschluss:**1. Anmietung eines Ausweichquartiers:**

Der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft wird ermächtigt, das Gebäude Robert-Franck-Allee 9 in 71638 Ludwigsburg zur vorübergehenden Verlagerung des zur Sanierung anstehenden Kindergartens Egerländer Straße 12, voraussichtlich ab 01.03.2010 für etwa 1 Jahr bis zur Wiederherstellung der Betriebsfertigkeit, zum Mietpreis in Höhe von 2.905,00 Euro monatlich zuzüglich Betriebskosten, anzumieten.

2. Umbaumaßnahmen:

Bei dem Gebäude handelt es sich um ein Bürogebäude, in dem die ehemalige Schiller-Volkshochschule untergebracht war. Für die Umnutzung zum Kindergarten sind folgende Arbeiten notwendig, um den Sicherheits- und Brandschutzanforderungen zu entsprechen:

- Ein zweiter Fluchtweg durch einen Treppenturm vom 1. Obergeschoss Balkon muss temporär erstellt werden. Fluchtwegbeschilderung und Feuerlöscher sind erforderlich.
- Zur Sicherung der Treppen werden Geländer für Kinder ergänzt, an den Podesten Absturzsicherungen eingebaut und der Aufzug wird gesperrt.
- Zur Sicherung der Fenster und Glastüren wird eine Splitterschutzfolie aufgebracht.
- Elektroinstallationen wie Steckdosen und Beleuchtung müsste kindersicher modifiziert werden. Einrichtung eines Telefonanschlusses.
- Der Sanitärbereich sollte mit Kindersitzen angepasst werden.
- Ausbesserung der Bodenbeläge und Wandanstriche.
- Sicherung der Außenanlagen wie Geländer, Tore und Türen.
- Rückbau nach Umzug des Kindergartens zurück in die sanierte Egerländer Straße.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft die Vorl.Nr. 424/09 auf und stellt fest, dass seitens des Gremiums kein weiterer Sachvortrag gewünscht wird.

Die Stadträte **Kromer**, Dr. **Bohn** und **Steinwand** sehen die Mietforderung des Landkreises für das Ausweichquartier Robert-Franck-Allee 9 als hoch an.

Stadtrat **Heer** stellt die Option das Gebäude Robert-Franck-Allee 9 käuflich zu erwerben zur Diskussion.

Stadträtin **Lange** merkt an, dass die Robert-Franck-Allee 9 an einer stark befahrenen Straße liege und sieht darin eine erhöhte Gefährdung der Kinder.

EBM **Seigfried** macht deutlich, dass es nur wenige Möglichkeiten gebe, ein Ausweichquartier unter der Prämisse der örtlichen Nähe zum sanierungsbedürftigen Kindergarten, zu finden.

Stadtrat Dr. **Bohn** merkt an, dass der Mietpreis laut Vorlage nicht bei 5,-€/qm, sondern bei 6,91€ bei 420 qm liege.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) teilt mit, es seien 5,-€/qm mit dem Vermieter vereinbart. Es würden 581 qm angemietet, nicht 420qm.

Herr **Fazekas** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) führt dazu ergänzend aus, dass bei 581 qm das Dachgeschoss mit eingerechnet wurde, dieses aber nicht für die Kinderbetreuung genutzt werden könne. Man wolle dort möglicherweise das Büro der Erzieherinnen einrichten.

Stadtrat **Kirnbauer** stellt die Notwendigkeit eines Ausweichquartiers während der Sanierungsarbeiten grundsätzlich in Frage.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht auf den geplanten Ablauf der Sanierungs- und Baumaßnahmen ein. Man habe verschiedene Varianten geprüft, die Arbeiten ohne Ausweichquartier ausführen zu können. Es sei allerdings zu keiner Lösung gekommen, weil der laufende Kindergartenbetrieb zu sehr gestört werden würde.

EBM **Seigfried** fest, das Gremium sei sich beim Beschluss der Maßnahme einig gewesen, dass die Sanierung nicht während des laufenden Betriebs des Kindergartens durchgeführt werden solle. Es handle sich nun um die Diskrepanz einer möglichen Einsparung von 160 qm mal 5,-€, also 8.000,-€, weshalb neue Verhandlungen mit dem Landkreis als Vermieter geführt werden müssten.

Stadtrat **Meyer** spricht sich für eine Abstimmung über die Vorl.Nr. 424/09 aus.

Stadtrat Dr. **Bohn** bezeichnet die Kooperation mit dem Landkreis miserabel. Er kritisiert, dass man ein ganzes Stockwerk anmieten müsse, obwohl dieses jederzeit abtrennbar sei und nicht gebraucht werde. Man erwarte hier ein größeres Entgegenkommen des Landkreises gegenüber den Gemeinden und bittet die Verwaltung in dieser Hinsicht beim Landkreis vorstellig zu werden. Unter dem Aspekt der Dringlichkeit werde er dem Beschlussvorschlag zustimmen, gehe aber davon aus, dass die Anmietung nicht länger als 1 Jahr dauern werde.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 424/09 zur Abstimmung.

TOP 3

Ausbau Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 3.1 und 3.2.

Abweichender Beschluss:

- 1) **Der Ausschuss Bildung, Sport, Soziales** stimmt der vorgeschlagenen Planung und der Errichtung der zusätzlichen Krippengruppe in dem kath. Kinder- und Familienzentrum Eden, Hirschbergstr., Eglosheim zu.
- 2) Die vorläufige Freigabe der Mittel für Bau- und Innenausstattung sowie das Herrichten des Außenbereichs, in Höhe von 340.000,- € und der restlichen Mittel nach Vorlage der Baukosten und deren Notwendigkeit nach Baufortschritt (jedoch max. noch 60.000,-€) erfolgt unter Vorbehalt der Mittelverteilung im städt. Haushalt 2010ff und der Zusage der Förderung durch das Regierungspräsidium in Höhe von 120.000,00€. Weitere Vorschläge über eine Kostenreduzierung sind durchaus erwünscht.
- 3) Über die beantragten Mittel auf Basis des Kindergartenvertrages in Höhe von 21.250,00€ wird im Rahmen der HH-Beratungen 2010 entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** berichtet kurz von dem kürzlich stattgefundenen Ortstermin und schlägt vor die weiteren Beratungen auf die Vorl.Nr. 442/09 und die Ortsbesichtigung zu basieren.

Das Gremium wünscht keinen weiteren Sachvortrag.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass es sich bei den auf Seite 3 aufgeführten Kosten für Innenausstattung und Anpassung des Außengeländes in Höhe von 20.000,-€ lediglich um die Anschaffung der Innenausstattung handeln könne. Bisher habe die Stadtverwaltung für die Innenausstattung einer Kindergruppe zwischen 15 und 20.000,-€ kalkuliert. Im Vergleich zu anderen Städten liege Ludwigsburg damit im unteren bis mittleren Bereich.

Stadtrat **Kirnbauer** bedankt sich bei der kath. Kirchengemeinde für die zur Verfügungsstellung der Räumlichkeiten für die Errichtung einer zusätzlichen Krippengruppe. Er merkt an, dass die im Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 442/09 unter Nr. 2 genannten Anschaffungen im Außenbereich nicht förderfähig seien und dies im Text geändert werden müsse. Ferner sehe er sich nicht in der Lage über die Freistellung von Mitteln zu beschließen, die lediglich auf einer Kostenschätzung basierten. Er schlägt deshalb vor, die Vorlage dahingehend zu ändern, dass lediglich 400.000,-€ abzüglich der eingerechneten Mittel für unvorhersehbare Ereignisse freigegeben werden sollen, und die Übernahme der restlichen Kosten erst nach Vorlage der effektiven Baukosten und Begründung deren Notwendigkeit erfolge.

Stadtrat Dr. **Bohn** stimmt Stadtrat Kirnbauer hinsichtlich einer Kostenschätzung als

Beschlussgrundlage zu. Er kritisiert in der Vergangenheit getroffene Entscheidungen in Bezug auf die Raumkalkulation, Diese müssten jetzt mit einem Anbau bezahlt werden. Dieses Projekt sei ein Beispiel dafür, dass die Verwaltung bei Projekten mit freien Trägern stärker in das Verfahren eingreifen sollte.

Stadträtin **Klett-Heuchert** zweifelt an dem Grundsatzbeschluss, diese Einrichtung zu erweitern. Sie führt an, sie sei kann Fachmann und verlasse sich deshalb auf die in der Vorlage genannten Kosten.

Stadträtin **Lange** merkt an, sie schließe sich den anderen Fraktionen an, werde dem Ausbau der Kindergärten in Eglosheim und Hoheneck aber dennoch zustimmen.

EBM **Seigfried** erläutert die vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales in der Vergangenheit beschlossene Vorgehensweise zur Erreichung der geplanten Versorgungsquote von 34 % im U3 Bereich. Zuerst sollten kostengünstigere und schnell realisierbare Maßnahmen durchgeführt werden um neue Betreuungsplätze zu schaffen und anschließend größere Projekte wie Um-, An- oder Neubauten. Für die anstehenden Projekte in Eglosheim und Hoheneck seien die Mittel im Haushalt 2010 eingeplant. Er liest den von Stadtrat Kirnbauer schriftlich abgefassten Beschlussvorschlag vor und spricht sich für diesen aus. Weiter führt er aus, sei es in Ludwigsburg bisher Praxis gewesen über Einzelmaßnahmen mit freien Trägern immer mit einem gewissen finanziellen Spielraum zu beschließen. Eine Änderung dieser Praxis könne durch die Einführung von Richtlinien, die einen Preiskorridor für bestimmte Maßnahmen festlegten, vollzogen werden.

Stadtrat **Glasbrenner** betont, dass Haushaltsmittel nur aufgrund von Baugenehmigung und Bauplänen gewährt werden sollten und sieht die Festsetzung eines Preiskorridors durch Richtlinien eher kritisch.

Stadtrat **Herrmann** führt aus, freie Träger sollen sich bei der Betreuung im U 3 Bereich engagieren, der Standard solle aber der gleiche wie in städtischen Einrichtungen sein. Er bedauere die geführte Kostendiskussion und spricht sich dafür aus, für künftige Projekte mit freien Trägern konkrete Bestimmungen über die Voraussetzungen einer möglichen Förderung einer Maßnahme festzulegen. Zu einer guten Partnerschaft zwischen Stadt und freien Trägern gehöre auch, dass bekannt sei, welche Maßnahme förderfähig wäre und welche Unterlagen dazu vorgelegt werden müssten. Danach könne eine Prüfung durch den FB Hochbau erfolgen. Erst dann solle im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über die Vorhaben beraten werden. So könne eine Gleichbehandlung aller Träger sicher gestellt werden. Stadtrat Herrmann bitte die Verwaltung künftig wie beschrieben vorzugehen.

Stadtrat Dr. **Bohn** betont, bei der aktuellen Haushaltslage müsse man mit den vorhandenen Mitteln möglichst viel erreichen. Dazu gehöre eine Kostenkontrolle. Die Einführung von Richtlinien sehe er momentan als nicht praktikabel an, da es sich bei den folgenden Projekten um Ausbauten und Sanierungen handle. Eine Kostenschätzung als Entscheidungsgrundlage für die Freigabe von Haushaltsmitteln sei zu vage, hierzu sei eine Kostenberechnung erforderlich, in der keine unvorhersehbaren Kosten beinhaltet seien.

EBM **Seigfried** konstatiert, dass die Verwaltung bei künftigen Projekten dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales erst dann einen Beschlussvorschlag vorlege, wenn eine Kostenberechnung nach der HOAI für die jeweilige Maßnahme vorliege, und eine umfassende verwaltungsinterne Prüfung erfolgt sei. Nach den Äußerungen aus dem Gremium könne er den Wunsch einer Richtlinie nicht erkennen.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** den abweichenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** geht kurz auf die Vorl.Nr. 454/09 ein und die zusätzlich entstandenen Kosten des geplanten Umbaus des Kath. Kindergartens Parkstraße in Hoheneck.

Herr **Danner** (Kiga Hoheneck) zeigt anhand von Plänen die erforderlichen Änderungen aufgrund der geforderten Brandschutzmaßnahmen. Als Alternative zu einer Außentreppe sei ein Treppenhauseanbau geprüft worden. Diese Alternative sei allerdings nicht günstiger und bringe Probleme bei der Erschließung des Untergeschosses mit sich.

Die Stadträte **Kopf, Klett-Heuchert** und **Lange** können der Vorl.Nr. 454/09 zustimmen.

Die Stadträte Dr. **Bohn, Kirnbauer, Heer** und **von Stackelberg** sprechen sich dafür aus, die Möglichkeit eines Kindergartenanbaus zu prüfen.

Stadtrat Dr. **Bohn** sieht bei einem Anbau den Vorteil bedarfs- und konzeptionsgerechter planen zu können.

Stadtrat **Kirnbauer** sieht bei der aktuellen Planung Probleme bei der Belichtung und Fußkälte im Untergeschoss. Ferner seien bei einem Umbau in den nächsten Jahren voraussichtlich weitere Nachbesserungen notwendig und während der Baumaßnahme eine Ausweichunterbringung nötig.

Stadtrat **Heer** kann sich vorstellen auch andere Standorte von Betreuungseinrichtungen für einen Anbau zu prüfen.

Herr **Danner** teilt auf Nachfrage von EBM Seigfried mit, dass es aufgrund der Eigentümerverhältnisse vermutlich schwierig sei einen Anbau zu realisieren.

Stadtrat **Glasbrenner** schlägt vor die grundsätzliche Möglichkeit eines Anbaus durch die Verwaltung zu prüfen und den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 454/09 zu vertagen.

Anschließend fasst EBM **Seigfried** die Interessen des Gremiums zusammen und stellt folgenden Änderungsantrag zur Abstimmung:

1. Die Vorl.Nr. 454/09 wird in der heutigen Sitzung nicht zur Abstimmung gestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit ein Anbau an das Gebäude Kath. Kindergarten, Parkstraße, Hoheneck grundsätzlich möglich ist um dann in eine Untersuchung eintreten zu können, ob die Maßnahme durchgeführt werden soll.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Änderungsantrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Bergold

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 4.1.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2008 (Vorlage 634/08) wird nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Bergold

Beratungsverlauf:

Nach einer kurzen Diskussion im Gremium über die Vorl.Nr. 634/08 stellt EBM **Seigfried** fest, dass es sich hierbei um eine landespolitische Entscheidung handle und Ziel der Verwaltung sei, das bestehende Schulsystem so optimal wie möglich zu gestalten.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 43/09 zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf einen Sachvortrag.

Stadtrat Dr. **Bohn** führt an, man wünsche, dass bei der Mittagessensversorgung im Bildungszentrum der gleiche Standard in organisatorischer und finanzieller Hinsicht wie in der Feuerseemensa geschaffen werde. Er fragt nach, weshalb die Schüler der Grund- und Hauptschulen nicht in die Kalkulation einbezogen worden seien.

Stadträtin **Moersch** spricht sich ebenso für gleiche Voraussetzungen beim Bildungszentrum wie in der Innenstadt aus und bittet um eine detaillierte Ausarbeitung der entsprechenden Möglichkeiten.

Stadtrat **Heer** geht davon aus, dass die Essensversorgung für das Otto-Hahn-Gymnasium, die Gottlieb-Daimler-Realschule, sowie die Osterholzschule mit Grund- und Hauptschule und Werkrealschule angeboten werde. Eine Essensausgabe durch Ehrenamtliche könne er sich nicht vorstellen und erwarte eine Gleichstellung zur Feuerseemensa.

EBM **Seigfried** führt an, der Gemeinderat habe 2004 oder 2005 den Beschluss gefasst für die Innenstadt eine Mensa zu erbauen. Er betont, für das Bildungszentrum West liege kein entsprechender Beschluss vor ein gleiches Modell zu schaffen. Die Essensversorgung im Bildungszentrum West solle ein eigenständiges Modell ohne Personaleinsatz der Stadtverwaltung werden. Wolle man, dass die städtische Kantine die Essenslieferung übernehme, müssten erst freie Kapazitäten geschaffen werden, indem kleinere Essensabnehmer anderweitig befriedigt werden. Dies werde momentan von der Verwaltung geprüft. Wolle man ein gleiches Modell wie bei der Feuerseemensa schaffen, sei dies nur mit großem Aufwand für die Schulleitungen und die Verwaltung verbunden.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) teilt mit, man strebe an, denselben Essensbestellmodus wie bei der Feuerseemensa einführen zu können.

Herr **Hilbert** (Rektor des Otto-Hahn-Gymnasiums) betont die fundamentale Bedeutung eines Mittagstisches. Er signalisierte Mithilfe bei der Personalbereitstellung.

Stadtrat Dr. **Vierling** hinterfragt die Bedeutung des Wortes Mensa und die räumliche Situation im BZW hinsichtlich der Essensausgabe.

Stadtrat von **Stackelberg** teilt mit, es käme bei Nutzung der Turnhalle und gleichzeitigem Mensabetrieb im VIP-Bereich hin und wieder zu Kollisionen. Er empfehle die Beteiligten hinsichtlich dieser Problematik Stellung nehmen zu lassen.

EBM **Seigfried** geht kurz auf das Modell der Essensausgabe durch die Eltern in der Vergangenheit ein und führt an, man strebe bei der Sanierung des BZW an eine Kantine in der Schule zu integrieren. Die Osterholzschule solle dann bei der Essensversorgung mit einbezogen werden, wenn die Kantine die Versorgung übernehmen könne.

EBM **Seigfried** stellt daraufhin folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt für das Bildungszentrum West schnellstmöglich im VIP Bereich in der Rundsporthalle einen Mensabetrieb analog des Betriebes der Feuerseemensa einzurichten. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 100.000,-€ im Ausgaben- und 50.000,-€ im Einnahmenbereich werden in den Haushalt 2010 eingestellt.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Bergold

Auf Nachfrage von Stadtrat **Herrmann** sagt EBM **Seigfried** zu, dass die Verwaltung bis im Frühjahr 2010 umfassend über die Ausgestaltung der Mittagessensversorgung an den Ludwigsburger Schulen und Kindertageseinrichtungen im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales berichten werde.

TOP 5.1

- Interfraktioneller Antrag vom 20.10.2009

Vorl.Nr. 480/09

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu Tagesordnungspunkt 5.

Der Antrag mit der Vorl.Nr. 480/09 hat sich somit erledigt.

TOP 6

Bericht zum Migrationszentrum der Liga der
Freien Wohlfahrtsverbände

Vorl.Nr. 484/09

Beratungsverlauf:

Herr **Strecker** (Diakonie) geht kurz auf die Organisation des Migrationszentrums ein und nennt das Zentrum und die einzelnen freien Wohlfahrtsverbände als selbständige Institutionen als die zwei Bausteine bei der Beratung von Migranten im Landkreis.

Frau **Miller** (Caritas) bezeichnet das Migrationszentrum als Erfolgsmodell und hebt die zentrale Lage beim Ausländeramt im Rathaus hervor. Ein Ansprechpartner für Jugendliche und einer für Erwachsene seien immer im Migrationszentrum anwesend. Die Personalkoordination zwischen den vier angesiedelten Verbänden funktioniere gut. Es seien alle Altersschichten bei den Klienten vertreten und im Schnitt kämen zwanzig Klienten pro Woche zur Beratung ins Migrationszentrum. Auf Nachfrage von Stadträtin Steinwand teilt Frau Miller mit, es bestehe bei Infoveranstaltungen oder beispielsweise dem internationalen Fest eine enge Kooperation mit Herrn Gueye (FB Bürgerschaftliches Engagement).

TOP 7

Bericht des Stadtteilbüros Eglosheim

Vorl.Nr. 483/09

Beratungsverlauf:

Frau **Sperzel** (FB Bürgerschaftliches Engagement) teilt mit, dass das Stadtteilbüro Eglosheim seit Februar 2009 durch Frau Wern als städtische Mitarbeiterin geführt werde. Es bestehe eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen ihr und Frau Wern, was für die Planung und Realisierung verschiedener Aktionen wichtig sei.

Frau **Wern** (FB Bürgerschaftliches Engagement) stellt die Arbeitsinhalte und Schwerpunkte ihrer

Tätigkeit, sowie Sprechzeiten und Räumlichkeiten vor. Der Anteil der Gemeinwesenarbeit nehme 50% ihrer Arbeitszeit in Anspruch und nennt dabei unter anderem die Koordination von Aktivitäten, Bürgeraktivierung, aktive Teilnahme an Arbeitsgruppen und Gremien als Aufgabengebiet. Ein anderer Teil ihrer Arbeit sei die Erstberatung und Vermittlung für alle Bewohnerinnen und Bewohner Eglösheims. In der Gruppenarbeit, die 20% ihrer Arbeitszeit in Anspruch nehme, werde eine Mädchengruppe für Mädchen im Alter zwischen 12 und 14 Jahren und ein offener Mädchentreff für Mädchen ab der 5. Klasse angeboten.

Das Gremium äußert sich lobend zur Arbeit und dem Angebot des Stadtteilbüros Eglösheim.

Stadträtin **Lange** spricht sich für die Einstellung eines street workers aus. Im Bereich des Einkaufshauses Rewe gebe es weiterhin Unruhe durch Jugendliche.

Frau **Wern** teilt mit, man beobachte die bekannten Brennpunkte in Eglösheim und stehe in ständigem Austausch mit der Polizei.

EBM **Seigfried** erläutert, die Verwaltung sehe keine Verschlechterung der Situation in Eglösheim seit Wegfall des street workers. Der Anstellungsvertrag von Frau Wern sei bis 31.12.2010 befristet. Auch aufgrund des strukturellen Personaleinsparungsprogrammes werde die Aufgabe von Frau Wern bestehen bleiben.